

## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

## AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land)

35. Sitzung

17.01.14

### Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

35. Sitzung

am 17. Januar 2014

im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Brumma (SPD)  
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Garling (SPD)  
Abg. Hinners (CDU)  
Abg. Kau (CDU), Vorsitzender  
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Frau Piontkowski (CDU)  
Abg. Reinken (SPD)  
Abg. Rupp DIE LINKE)  
Abg. Weber (SPD)  
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Dr. Sommer	)	von der Senatskanzlei
Frau Sokol	)	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller	)	vom Rechnungshof der Freien
Frau Dr. Otten	)	Hansestadt Bremen

Staatsrat Lühr	)	
Staatsrat Strehl	)	
Herr Büchner	)	
Herr Fehren	)	
Frau Hentschel	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Kreitz	)	
Frau Maleki	)	
Herr Meyer	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Frau Willenborg	)	
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Herr Josteit	)	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Rüpke	)	
Herr Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Wiebe	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Wilken	)	Herr Zech )
Frau Rautenberg		vom Senator für Gesundheit
Frau Engelbertz		Immobilien Bremen
Herr Fischer	)	Wirtschaftsförderung Bremen GmbH ( (WFB)
Herr Radtke	)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann	)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Abg. Kau eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

### **Öffentlicher Teil**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ist sich darin einig, die Beratung zu den Tagesordnungspunkten II. 1.2 (Ganztags-schulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten) sowie III. 3.3 (Gesundheitsbericht des bremischen öffentlichen Dienstes 2012 und Gesundheitsbericht 2012 kompakt) für die heutige Sitzung auszusetzen.

#### **I. Protokolle**

**1. Protokoll der 31. Sitzung am 26. November 2013  
(Haushaltsberatungen 2014/2015)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

**2. Protokoll der 32. Sitzung am 6. Dezember 2013  
(Haushaltsberatungen 2014/2015 - Restanten)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

**3. Protokoll der 33. Sitzung am 6. Dezember 2013**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 33. Sitzung am 6. Dezember 2013.

**4. Protokoll der 34. Sitzung am 11. Dezember 2013**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 34. Sitzung am 11. Dezember 2013.

## II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

### 1. Überweisungen aus dem Plenum

#### 1.1 Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU

- Vorlage: Drs. 18/854 vom 16. April 2013 -

**Abg. Dr. Kuhn** erklärt, er schlage vor, die von der Senatorin für Finanzen im Bericht vom 7. November 2013 dargestellten weiteren möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlung von schwerbehinderten Menschen in den bremischen öffentlichen Dienst aufzugreifen und den Senat zur Umsetzung dieser Maßnahmen aufzufordern. Der Antrag der CDU-Fraktion werde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt das Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 7. November 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) lehnt den Antrag der Fraktion der CDU „Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen“ (Drucksache 18/854) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den Vorschlägen der Senatorin für Finanzen für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlung von schwerbehinderten Menschen in den bremischen öffentlichen Dienst auf Grundlage des Berichts vom 7. November 2013 zu und bittet den Senat um Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Ausschussassistenten um Erstellung eines Berichtsentwurfs an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Februarsitzung. Der Bericht soll dabei auch die wesentlichen Hauptaussagen der am 20. September 2013 zu diesem Tagesordnungspunkt durchgeführten Anhörung enthalten.

## 1.2 Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten

### Antrag der Fraktion der CDU

- Drs. 18/1179 vom 29. November 2013 -

*- Die Bürgerschaft (Landtag) hat diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung (federführend) und an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. -*

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

## 2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

### 2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse

- Vorlage mit Stand der Sitzung vom 11. Dezember 2013 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

## 3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

- keine Vorlagen -

## 4. Sonstiges

### 4.1 Zukünftiger Versand der Haushaltsentwürfe zu den Haushaltsberatungen

**Abg. Kau** erklärt, von den zur 1. Lesung der Haushalte 2014/2015 von der Finanzverwaltung an die Bürgerschaft übergebenen insgesamt 120 Kisten mit den Entwurfsunterlagen seien durch die Abgeordneten beziehungsweise Fraktionen und der Bürgerschaftsverwaltung insgesamt lediglich 50 Kisten benötigt worden. Die übrigen 70 Kisten habe die Bürgerschaftsverwaltung zwischenzeitlich entsorgt.

**Herr Meyer** ergänzt, die Kosten pro Haushaltsunterlagensatz (Kiste) betragen circa 58,00 Euro für Papier, Druck und Personalaufwand. Für die 70 ungenutzten Haushaltsunterlagensätze mache dies einen Betrag von über 4.000 Euro aus. Er halte deshalb eine Reduzierung des Papierversands

sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus ökologischen Gründen für erforderlich.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt, bei den künftigen Haushaltsberatungen grundsätzlich nur noch den Ausschussmitgliedern der Haushalts- und Finanzausschüsse, den Fraktionen und der Bürgerschaftsverwaltung die Haushaltsentwürfe in Papierform zur Verfügung zu stellen. Die notwendige Stückzahl der Sätze wird vor Versand durch die Ausschussassistenten ermittelt. Im Übrigen werden die Haushaltsentwürfe allen Abgeordneten und Fraktionen durch die Finanzverwaltung digital auf CD-ROM zur Verfügung gestellt.

### **III. Initiativen des Senats**

#### **1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.**

##### **1.1 Zehnte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung - Vorlage 18/406 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Zehnten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung zu.

#### **2. Europaangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

#### **3. (Controlling-) Berichte/DHS**

##### **3.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2013 - Vorlage 18/380 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) sieht die Berichtsbitte Nr. 80 der Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge als erledigt an.

**3.2 Bauvorhaben auf dem Bremer Bahnhofsvorplatz**  
**hier: Berichtsbitte von Herrn Kau vom 03.12.2013**  
**- Vorlage 18/407 L -**

**Abg. Kau** kritisiert, dass das Schreiben des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12. Dezember 2013 die von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 3. Dezember 2013 aufgeworfenen Fragestellungen nicht hinreichend beantwortete. Unklar bleibe insbesondere, ob vorliegend vom Investor vor Baubeginn ein möglicher Mietvertragsabschluss mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr abgewartet werde. Auch fehle es an einer chronologischen Darstellung der maßgeblichen Abläufe.

**Frau Rüpke** erklärt, es habe seinerzeit beim Verkauf des Investorengrundstücks Bahnhofsvorplatz keinerlei Zusagen hinsichtlich einer zukünftigen Anmietung von Büroflächen durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gegenüber dem Investor gegeben. Im Rahmen einer allgemeinen, im Weser-Kurier veröffentlichten Marktanfrage zur Auffindung von Unterbringungsmöglichkeiten der Behörde sei allerdings auch bezüglich eines am Bahnhofsvorplatz noch baulich zu erstellenden Gebäudes ein Angebot eingegangen. Dieses Angebot werde ebenso wie die übrigen Angebote geprüft und bewertet. Die diesbezügliche Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Anmietungsentscheidung sei vorgesehen und schließe dann auch die Darlegung der Wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung weiterer Alternativen mit ein.

**Abg. Kau** fragt, ob es Fälle einer positiven Anmietentscheidung zugunsten des Investorengrundstücks Bahnhofsvorplatz zu einer Wertsteigerung des Grundstücks komme und inwieweit der derzeitige Baustillstand im Zusammenhang mit der noch offenen Anmietentscheidung stehe.

**Frau Rüpke** antwortet, zu einer möglichen Wertsteigerung des Grundstücks durch eine positive Anmietungsentscheidung könne sie keine Angaben machen. Diesbezügliche Überlegungen seien aus ihrer Sicht in Anbetracht der ohnehin offenen Anmietentscheidung rein hypothetisch. Nach ihrer Kenntnis müsse der Investor innerhalb einer Frist von drei Jahren nach Erteilung der Baugenehmigung, diese sei im Herbst 2013 erteilt worden, mit dem Bau beginnen.

**Abg. Dr. Kuhn** merkt an, er bezweifle, dass der Investor die Durchführung der Baumaßnahme allein davon abhängig mache, dass es zu einer Anmietung von Büroflächen durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr komme. Auch bestehe aus seiner Sicht kein zeitlicher Zusammenhang zwischen dem Grundstücksverkauf an den Investor im Februar 2012, nach Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses im Mai 2011 und der geplanten Entwicklung des Ansgariquartiers, mit der sich der Haushalts- und Finanzausschuss im Dezember 2012 befasst habe.

**Abg. Rupp** fragt, in welchem Umfang im Rahmen der Marktabfrage ein Bedarf an Büroflächen für den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mitgeteilt wurde.

**Abg. Hinners** möchte wissen, ob vorliegend die Gefahr bestehe, dass der Investor im Falle einer Anmietzusage des Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das dann möglicherweise im Wert erhöhte Grundstück gewinnbringend weiterveräußert.

**Frau Rüpke** antwortet, der am Markt abgefragte Bedarf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr betrage circa 6.000 qm. Dies entspreche etwa drei Etagen von insgesamt 13 Etagen der beiden geplanten Gebäude.

**Herr Fischer** ergänzt, dass ein Weiterverkauf des Grundstücks aus Spekulationsgründen nicht möglich sei. Vertraglich sei ein sogenanntes vorrangiges Wiederkaufsrecht des Verkäufers im Falle einer Weiterveräußerungsabsicht des Investors vereinbart.

**Abg. Kau** bittet um einen erneuten schriftlichen Bericht der beteiligten Ressorts, der im Rahmen einer umfassenden chronologischen Darstellung der Geschehnisse zu den Fragestellungen der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 3. Dezember 2013 Stellung nimmt.

**Abg. Liess** regt an, in diesem weiteren Bericht auch dazu Stellung zu nehmen, bis zu welchem Zeitpunkt mit der Bebauung des Grundstücks begonnen werden und zusätzlich aufzuzeigen, bis zu welchem Zeitpunkt der Anmietbedarf des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr gedeckt sein muss.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23. Dezember 2013 und den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12. Dezember 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die beteiligten Ressorts bis zu seiner Sitzung im Februar 2014 um einen weiteren Bericht, der unter chronologischer Darstellung der wesentlichen Geschehnisse hinsichtlich der Prüfung einer Anmietmöglichkeit auf dem Investorengrundstück Bahnhofsvorplatz zu den Fragestellungen der Fraktion der CDU mit Schreiben vom 3. Dezember 2013 Stellung nimmt und in diesem Bericht darlegt, bis zu welchem Zeitpunkt mit der Bebauung des Grundstücks begonnen werden muss und bis wann der Anmietbedarf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu decken ist.

**3.3 Gesundheitsbericht des bremischen öffentlichen Dienstes 2012 und Gesundheitsbericht 2012 kompakt  
- Vorlage 18/408 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

**3.4 Last-Call-Verfahren  
Sachstand und Fortführung bei Immobilien Bremen und Dataport  
- Berichtsbitte Nr. 1 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/409 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen zur Kenntnis und bittet um einen umfassenden Bericht zum Last-Call-Verfahren für die Sitzung am 21. Februar 2014.

**3.5 Berichtsbitte Nr. 96 der Auftragsliste  
hier: Berichtsbitte des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12. April 2013 zur Prüfung, ob und welche organisatorischen und personellen Maßnahmen zu ergreifen sind, um Steuermehreinnahmen zu realisieren  
- Vorlage 18/410 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Prüfbericht zum Abbau von Rückständen bei der Bewertungsstelle des Finanzamts Bremen-Mitte zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 96 der Auftragsliste als erledigt an.

- 3.6 Produktgruppe 71.01.01 Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)**  
**hier: EFRE-Programm Land Bremen 2007-2013**  
**Förderbereich 2.3: Profilierung der Städte Bremen und Bremerhaven**  
**Sanierung des Weser-Strandbades in Bremerhaven**  
**Berichtsbitte Nr. 21 – Vorlage der durchgeführten Erfolgskontrolle**  
**gem. § 7 LHO**  
**- Vorlage 18/411 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 17. Dezember 2013 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) sieht die Berichtsbitte hinsichtlich des Berichtstermin 2012 (tatsächliche Baukosten) als erfüllt an. Die Berichtsbitte hinsichtlich der Berichtstermine Ende 2015 und Ende 2020 (5-Jahresvergleich der Besucherzahlen, Erträge, Kosten Defizite) bleibt weiterhin bestehen.

- 3.7 Prüfung der Rekommunalisierung bzw. Teilrekommunalisierung der Energienetze**  
**hier: Sachstandsbericht**  
**- Berichtsbitte Nr. 64 der Auftragsliste -**  
**- Vorlage 18/413 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

- 3.8 Zwischenbericht zum IT-Einsatz im Personalmanagement der Freien Hansestadt Bremen**  
**- Berichtsbitte Nr. 101 der Auftragsliste -**  
**- Vorlage 18/414 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, im März 2014 über die Zwischenergebnisse im Umsetzungsprojekt KoPers Bremen zu berichten.

- 4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

**5. Vollzug der Haushalte  
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,  
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt  
Bremen 2012**

- keine Vorlagen -

**5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE)**

- keine Vorlagen -

**5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung**

- keine Vorlagen -

**5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.4.1 Generelle Ermächtigungen/Zustimmungen 2014  
- Vorlage 18/412 L -**

**Abg. Liess** fragt unter Bezugnahme auf Ziffer 1 d) der Vorlage, welcher finanzielle Umfang mit der Umsetzung der konsumtiven Personalausgaben verbunden sei.

**Frau Moning** antwortet, es handele sich hier um eine vorgesehene Umwandlung von 60 Stellen, die dann der Unterrichtsversorgung zugutekommen. Dies umfasse etwa einen Betrag von 1,4 Millionen Euro.

**Abg. Rupp** erklärt, die Fraktion DIE LINKE sehe ebenfalls die Notwendigkeit weiterer Lehrerstellen, sei allerdings mit der Art und Weise der hier vorgenommenen Finanzierung nicht einverstanden und werde sich deshalb bei der Beschlussfassung zu dieser Vorlage enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) den vorgeschlagenen generellen Ermächtigungen beziehungsweise Zustimmungen zur Durchführung der Haushalte 2014 zu.

## 6. Personalhaushalt/Stellenplan

### 6.1 **Produktplanübergreifender Ausgleich von Mehrausgaben für den Produktplan 71 und die Produktgruppe 81.01.01** **hier: Vorlage des abgeschlossenen Kontraktes zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen** **- Vorlage 18/415 L -**

**Abg. Liess** fragt unter Bezugnahme auf das der Vorlage beigefügte Personalkonzept aus dem Juni 2012, ob die darin auf Seite 6 getroffene Feststellung, die bisherige Dienstleistungsfunktion gegenüber den anderen Ressorts in Form der zentral für den bremischen öffentlichen Dienst wahrgenommenen beihilferechtlichen Prüfungen nicht mehr bereitstellen zu können, noch aktuell sei und welche Konsequenzen dies für die Bearbeitung dieser Vorgänge habe.

**Herr Wiebe** erläutert, dies sei nach wie vor der aktuelle Stand. Die vorgeschlagene Streichung einer Stelle führe gegenwärtig zu messbaren Abstrichen bei der beihilferechtlichen Begleitung sämtlicher Ressorts. Hierbei handele es sich um ein Stoßgeschäft, sodass es punktuell zu Engpässen komme. Dies gleiche das Ressort gegenwärtig unter anderem durch externe Vergaben, also der Beauftragung von Fachanwälten, aus.

**Abg. Hinners** möchte wissen, wieviel Neueinstellungen seit Bekanntwerden des Personalüberhangs im Ressort vorgenommen wurden und welche Auswirkungen der Ausgleich der Personalüberhangskosten durch investive Mittel auf Investitionen habe.

**Herr Wiebe** antwortet, es sei auch nach Bekanntwerden des Personalüberhangs im Ressort zu Neueinstellungen gekommen. Zur genauen Zahl dieser Neueinstellungen könne er nichts sagen. Allerdings dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass Neueinstellungen insbesondere auch in Spezialbereichen erfolgten, für die ein notwendiger Sachverstand ressortintern nicht vorhanden war. Eine Hinzuziehung investiver Mittel zur Abdeckung der Personalüberhangskosten sei haushaltsrechtlich notwendig und erfolge nicht zum Nachteil investiver Projekte.

Auf Nachfrage von Abg. Rupp ergänzt **Herr Wiebe**, das Ressort streiche frei werdende Stellen nicht ungeprüft. Zunächst erfolge eine sogenannte

Aufgabenkritik, bei der geprüft werde, ob eine ressortinterne Nachbesetzung der Stelle notwendig sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die zwischen der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen geschlossene Vereinbarung zum mittelfristigen Abbau des Personalüberhangs im Produktplan 71 und in der Produktgruppe 810101 zur Kenntnis und sieht die Berichtbitte Nr. 115 der Auftragsliste als erledigt an.

#### **7. Prüfaufträge**

- keine Vorlagen -

#### **8. Bürgschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

- keine Vorlagen -

#### **9. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

### **IV. Verschiedenes**

#### **1. Veränderungen im Finanzausgleich durch den Zensus Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn vom 14. Januar 2014**

**Staatsrat Strehl** erläutert, nach den Ergebnissen des Zensus 2011 habe Bremen in Vergleich zu anderen Ländern einen geringeren Einwohnerschwund zu verzeichnen. Dies führe nun dazu, dass für Bremen im Rahmen der Umsatzsteuer-Verteilung, des Länderfinanzausgleichs und bei den Bundesergänzungszuweisungen Mehreinnahmen zu erwarten seien. Dabei erfolge eine Berücksichtigung der Veränderungen auch teilweise rückwirkend bis zum Jahre 2011 dergestalt, dass für das Jahr 2011 ein Drittel des Veränderungsbetrages und für das Jahr 2012 ein weiterer Betrag von zwei Drittel des gesamten Veränderungsbetrages ausgezahlt werde. Diese beschriebenen Zahlungen der Jahre 2011 und 2012 seien bereits eingegangen. Für das Jahr 2011 habe dies zu einer Mehreinnahme von 5,3 Millionen Euro geführt. Für das Jahr 2013 erfolge dann im Rahmen des üblichen Verfahrens eine vollständige Auszahlung des Veränderungsbetrages noch im Jahre 2014. Derzeitig werde durch verschiedene Länder, insbesondere

auch die Länder Hamburg und Berlin, gegen die Ergebnisse des Zensus 2011 geklagt. Der Ausgang dieser Klageverfahren sei völlig offen, sodass gegenwärtig noch ein rechtliches Risiko hinsichtlich der Bestandskraft der durch den Zensus 2011 ermittelten Einwohnerzahlen und damit verbunden die Neuberechnung der Anteile aus der Umsatzsteuerverteilung, dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen bestehe.

Zu den konkreten Auswirkungen der Zensus-Ergebnisse auf den innerbremischen kommunalen Finanzausgleich werde das Finanzressort schriftlich als Anlage zum Protokoll Stellung nehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den mündlichen Bericht des Staatsrats Strehl zur Kenntnis.

## **2. Zuwendungsdatenbank Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn vom 14. Januar 2014**

**Herr Meyer** erklärt, bei der Zuwendungsdatenbank handele es sich im Grundsatz um ein Arbeitsinstrument der Verwaltung. Es sei auch aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht vorgesehen, einen allgemeinen externen Zugang auf die einzelnen Datensätze zu ermöglichen.

**Staatsrat Lühr** ergänzt, die Zuwendungsdatenbank befinde sich derzeit in einem sogenannten Testbetrieb. Genauer über die Funktionsweise könne erst nach einer Anlaufphase von circa sechs Monaten berichtet werden. Auch müsse noch aus datenschutzrechtlichen Gründen ein sogenanntes Berechtigungskonzept hinsichtlich des Datenzugriffs erarbeitet werden. Er schlägt vor, die Anlaufphase sowie die Erstellung des Berechtigungskonzepts zunächst abzuwarten und nach der Sommerpause erneut zu berichten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den mündlichen Bericht zur Zuwendungsdatenbank zur Kenntnis und bittet um einen weiteren Sachstandsbericht zur Funktionsweise der Zuwendungsdatenbank nach Ablauf der Anlaufphase und Erstellung eines Berechtigungskonzepts zur Sitzung am 19. September 2014.

## **3. Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2013**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, die Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2013 im

Rahmen einer Sondersitzung am 26. Februar 2014, in der Mittagspause der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) um circa 13.00 Uhr zu beraten.

**4. Spielbank und Stiftung Wohnliche Stadt  
Finanzierung der Förderzusagen aus 2013**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, im Rahmen einer Sondersitzung am 22. Januar 2014, in der Mittagspause der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) um circa 13.00 Uhr, im Haus der Bürgerschaft, Raum 2 den Punkt Spielbank und Stiftung Wohnliche Stadt, Finanzierung der Förderzusagen aus 2013 zu beraten.

**5. Berichtsbitte zur Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen**

**Abg. Dr. Kuhn** bittet zur Februar-Sitzung um einen Bericht zur Entwicklung der Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet um einen Bericht zur Entwicklung der Beschäftigungssituation von Personal an den Schulen zu seiner Februarsitzung.

(Schluss des öffentlichen Teils um 15.30 Uhr)

**Nicht öffentlicher Teil**

Abg. Kau eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 15.46 Uhr.

(Schluss der Sitzung 16.01 Uhr)

C. Kau

Carl Kau

Ausschussvorsitzender

**Anlage**